



Erhard Schulz (links) sprach am ersten Jahrestag der Reaktorkatastrophe vor der demokratischen Ärztevereinigung in Fukushima.

„Es gibt keine Ausreden mehr“

BZ-SERIE (2): Die Wuhl-Veteranen Günter Richter, Erhard Schulz und Axel Mayer über Fukushima und die Folgen für die Anti-Akw-Bewegung / Von Gerhard Walser

KREIS EMMENDINGEN. Der Reaktorfall im japanischen Atomkraftwerk Fukushima vor zehn Jahren hat auch den regionalen Protest gegen die Kernkraft verstärkt und ein Umdenken eingeleitet. Die Wuhl-Veteranen Günter Richter, Erhard Schulz und Axel Mayer erinnern sich daran, wie sie die Reaktorkatastrophe selbst erlebt haben und welche Konsequenzen daraus für den Atomausstieg und die Energie- und Klimapolitik gezogen wurden.

BZ: Wie und wo haben Sie den Unfall in Fukushima am 11. März 2011 erlebt?
Mayer: Mitten in der Endplanung der 45 Kilometer langen Menschenkette vom AKW Neckarwestheim nach Stuttgart. Der von CDU, CSU und FDP geplante Ausstieg aus dem versprochenen Atomausstieg hatte bundesweit die Umweltbewegung aktiviert. Und dann kam noch Fukushima. In einer Hochphase der Mobilisierung verstärkte der Atomunfall unsere Aktivitäten.



Schulz: Ich kann mich deshalb noch gut erinnern, weil ich genau in dieser Zeit für die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Freiburg eine große Gedenkveranstaltung zum 25. Jahrestag des Atomreaktorunfalls in Tschernobyl für Ostermontag im Freiburger Münster organisierte. Die Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe in der Region Fukushima berührte mich sehr stark, da ich häufig in Japan zu Vorträgen über die Nutzung regenerativer Energien weilte. In dem hochtechnisierten Japan, wo ich während meiner Aufenthalte auch häufig Erdbeben erlebte, empfand ich es als kaum vorstellbar, dass eine Tsunami-Welle zu einer Zerstörung eines Atomkraftwerkes und der Freisetzung von großen Mengen an Radioaktivität in die Umwelt erfolgen kann. Der ökumenische Gedenkgottesdienst am Ostermontag wurde umgehend ergänzt: Fukushima/Japan – Die radioaktiven Folgen bedrohen die Schöpfung. Gedenken Sie mit uns den Opfer. Das Kreuz mit der Inschrift „Wo die Schöpfung gefährdet wird, wird Gott gekreuzigt“ vom ehemals geplanten Bauplatz in Wuhl wurde in das Freiburger Münster getragen.
Richter: Wir waren in jenen Tagen zu einer einwöchigen Visite auf Zypern. Wir hatten ein kleines hübsches Zimmer in

einem Hotel mit TV und gemütlicher Sofaecke. Plötzlich sahen wir nach dem Frühstück die Eilmeldung vom verheerenden Tsunami, der sich breit in die küstennahe Landschaft von Fukushima hineinzufressen schien und – wie wir später erfahren – zehntausenden Menschen das Leben nahm und die verheerende Kernschmelze im Reaktor verursachte. Schockiert und fassungslos saßen wir in unseren Sesseln und konnten nicht glauben, was wir da sahen.

BZ: Was kam Ihnen damals spontan in den Sinn – etwa: Ist das jetzt Ende der Kernkraft?
Mayer: Ich dachte: die armen Menschen. Hoffentlich weht der Wind die Radioaktivität der ersten Tage aufs Meer und nicht in den 240 Kilometer entfernten Großraum Tokio mit seinen 38 Millionen Menschen. Dass es dann tatsächlich so kam, war das große Glück im Unglück.
Schulz: Wir müssen diese leidvolle Katastrophe in Japan sowohl in den ökumenischen Gedenkgottesdienst einbeziehen, aber auch in das Bewusstsein unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland unauslöschbar verankern, dass die lebensgefährdende Atomenergie keine Zukunftschance hat. Nach der Tschernobyl-Katastrophe wurde uns in Deutschland wohl der Atomenergie-Ausstieg halberjährig in Aussicht gestellt, aber blieb in weiter Ferne. Die Fukushima-Katastrophe ereignete sich nun aber in einem hochindustrialisierten westlichen



Günter Richter

Land. Die Politik muss umgehend den Atomausstieg fixieren, denn es gibt keine Ausreden mehr.
Richter: Hinsichtlich dieser Folgen halte ich eine atomare Energiegewinnung geradezu für unverantwortlich und im Widerspruch zum biblischen Auftrag, Gottes Schöpfung zu bewahren. Man kann unseren politischen Instanzen, unter anderem der Bundeskanzlerin, nicht genug dankbar sein, wie sie auf die Katastrophe reagierten und den Ausstieg aus der atomaren Energieerzeugung einleiteten.

BZ: Was bedeutete der Unfall in Japan für die Anti-Kernkraft-Bewegung vor Ort?
Mayer: Der Unfall bestätigte nach Tschernobyl erneut unsere alten Befürchtungen und Aussagen. Noch zur Zeit des Wuhl-Konflikts sagten die Pro-Atombrüchere des Badenwerks, dass, wenn die „Vormenschenaffen im Alt-Tertiär vor 50 Millionen Jahren 20 AKW gebaut und seither betrieben hätten, es eventuell ein einziges mal zu einem solchen Unfall gekommen wäre“. Es ist schrecklich, wie



Axel Mayer

häufig die Umweltbewegung mit ihrer anfangs immer bekämpften und verlachten Kritik reibet behalten hat.
Schulz: Mit Veranstaltungen zum tödlichen Gefährdungspotential der Atomenergie und konstruktiven Beispielen zum persönlichen Engagement in Solar- und Windenergieprojekten wurde die „Energiewende von unten“ vorangetrieben. Sehr gut besuchte Informationsveranstaltungen und Fachexkursionen sorgten in der Bevölkerung für einen erfreulichen Schub bei Solardächern und Beteiligungen an Bürgerwind-Energieanlagen. Ich selbst erhielt von der Demokratischen Japanischen Ärztevereinigung zum ersten Jahrestag der Atomreaktorkatastrophe eine Einladung nach Tokio und Fukushima, sprach dort in einem Park vor 10 000 Bürgerinnen und Bürgern und hatte Gespräche mit Landwirten, deren Felder und Wälder radioaktiv kontaminiert wurden. Über diesen Erfahrungen und den in Deutschland wenig bekannten Heimatverlust vieler japanischen Familien berichtete ich in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen.
Richter: Damit wurde verantwortliches Handeln mit der großen Chance für eine Umsetzung einer zukunftsfähigen alternativen Energiegewinnung verbunden.

BZ: Inwieweit hat Fukushima das Ende von Fessenheim befestigt?
Mayer: Die Atomunfälle in Tschernobyl und Fukushima haben weltweit und regional den Protest verstärkt, ein Umdenken eingeleitet und die mächtige Atomlobby kurzfristig in die Defensive ge-

drängt. Neben den Alterserscheinungen und massiven technischen Problemen in Fessenheim war der erstarkte regionale Protest, gerade auch im Elsass, ein zentraler Grund für die Abschaltung.
Schulz: Die Erdbebenkatastrophe bei Fukushima hat jetzt das gewaltige Erdbeben von Basel im Jahr 1556 voll in Erinnerung gerufen. Die gut dokumentierten historischen Berichte über die Folgen im Rheintal und das Engagement Schweizer Umweltschützer in der grenzüberschreitenden TRAS waren nun endlich das unwiderbringliche Aus für die maroden Reaktorblöcke in Fessenheim.
Richter: In der Gemengelage heutiger Energiediskussionen hat die atomare Energieerzeugung keine Zukunftsperspektive. Sie ist nicht nur gefährlich, sie ist auch teuer, unflexibel und zu wuchtig. Allein die Sonnen- und Windenergie decken heute schon einen Großteil des Strombedarfs. Die Lichter gehen nicht mehr aus, wenn AKW nicht gebaut oder stillgelegt werden.

BZ: Der Ausstieg aus der Kernkraft hat Konsequenzen für die Förderung alternativer Energien. Wo sehen Sie das größte Potenzial, wo gibt es Hemmnisse?
Mayer: Der große Erfolg der Umweltaktivisten am Oberrhein war nicht nur das Nein zur Atomkraft, sondern das frühe, aktive Ja zu den umweltfreundlichen Alternativen. Auch hier hat sich eine alte Hoffnung erfüllt. Strom aus Wind und Sonne ist schon lange günstiger als Strom aus neuen Atomkraftwerken. Die größten Hemmnisse sind die geschickt und verdeckt agierenden Atom- und Kohlelobbyisten, die aktiv die Energiewende, Energiespeicher und die Erneuerbaren Energien bekämpfen.
Schulz: Die Windenergienutzung kann in Deutschland mehr als 60 Prozent des Strombedarfs decken und in Baden-Württemberg wären gut 50 Prozent möglich. Die Bürger sind sehr interessiert, sich finanziell zu engagieren. Aber die Bremser sitzen auch als Beamte noch immer im Umweltministerium sowie in untergeordneten Institutionen. Mit vorgeschoben und kaum begründeten Argumenten zum Schutz von Rotmilanen, Auerhühnern oder Wespenbussarden werden Genehmigungsverfahren für Neuanlagen und Repoweringmaßnahmen in die Länge gezogen. In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2020 leider nur zwölf neue Windenergieanlagen in Betrieb genommen. Für den Klimaschutz ist dies ein schreckliches Fiasko. Die Landesregierung hatte sich zum Ziel gesetzt, jährlich 100 Windenergieanlagen zu errichten.

Richter: Wichtig ist heute, wie wir auf dieser Erde das Leben lebensfähig halten. Gibt es Chancen einer verträglichen Temperatursteuerung, schaffen wir den Weg

hin zu einer ausgewogenen Klimagerechtigkeit, können wir noch retten, was zu retten ist? Hier sind unsere Gedanken und Kräfte dringend gefordert. Und ganz klar: Das dürfen wir nicht der jungen Generation allein überlassen, die uns mit Recht mit ihren Fridays-for-Future-Protesten dafür auf die Anklagebank bringt.

BZ: Braucht es zehn Jahre nach Fukushima weiterhin Protestaktionen?
Mayer: In der Menschheitsgeschichte hat sich Vernunft nicht immer dauerhaft durchgesetzt. Fessenheim bleibt auf Jahre eine Gefahr. Und im 69 Kilometer von Emmendingen entfernten Schweizer Bznau strahlt das älteste AKW der Welt. Lobbygruppen arbeiten aktiv an der Gefährdungsverlängerung der letzten AKW in Deutschland und Atomkraft wird mit vorgeschobenen Argumenten wieder einmal grünewaschen. Fukushima hat gezeigt, wie gefährlich Atomkraftwerke sind. Die weltweite Verbreitung von Atomwerken durch den Bau von AKW ist noch gefährlicher und ein globales Selbstmordprogramm. Der Kampf um Nachhaltigkeit, Frieden, Klima- und Artenschutz steht erst am Anfang. Der Atomprotest war und ist auch in Zukunft ein Teil dieser Kämpfe.
Schulz: Ja, Proteste sind weiterhin dringend notwendig, damit der trägen politischen Entscheidungsfindung Beine gemacht werden. Auch sprechen schon wieder einige Ewiggestrige von einer möglichen Renaissance der Atomenergie.
Richter: Die leidenschaftlichen Proteste gegen den weiteren Betrieb von Fessenheim verlieren ihren Sinn und ihre Notwendigkeit. Die alten Fragen hinsichtlich der Energieerzeugung der Wuhl-Zeit sind passé. Dennoch hat sich aller Einsatz gelohnt. Nun weiter so zu den neuen Fragen des Lebens, besser des Überlebens.

ZUR PERSON

WUHL-VETERANEN

Günter Richter (87) ist evangelischer Pfarrer im Ruhestand und lebt in Emmendingen. Er hat als Weisweiler Pfarrer den Konflikt um das geplante Atomkraftwerk Wuhl mitbetroffen.

Axel Mayer, Kreisrat der Grünen aus Endingen, wurde 1955 geboren und ist seit der Bauplatzbesetzung gegen ein Bleichmiewerk in Marckolsheim 1974 in der grenzüberschreitenden Umweltschutzbewegung aktiv.

Erhard Schulz (76) aus Emmendingen ist Mitglied im Sprecherkreis der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen und hat die Platzbesetzung in Wuhl an vorderster Front erlebt. Heute engagiert er sich für die Energiewende und den Bau von Windkraftanlagen. **wal**